



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.07.2022

Dringlichkeitsaktion 14/22 – **Türkei:** *Abdullah Öcalan u.a.*

Haft in Isolation / unmenschliche Behandlung



Türkei: 73,9 Mio. Einw. auf 779.452 km² Fläche, BSP/Einw. 10.830 \$ (2012), 70% Türken, 20% Kurden, 2% Araber, Minderheiten von Tscherkessen, Georgiern u.a.; Religion: 99% Muslime (70% Sunniten, 15-25% Aleviten), christliche und jüdische Minderheiten. Die Türkei hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Mit dieser von ACAT-Großbritannien vorgeschlagenen Briefaktion soll an die jahrelange Haft von Führungspersonen der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) erinnert werden. Die weitgehende Isolation der Inhaftierten könnte Folter und unmenschlicher Behandlung gleichkommen.

Abdullah Öcalan und die anderen Gefangenen werden im Hochsicherheitsgefängnis von Imrali (İmralı) in Isolationshaft gehalten. Der Kontakt zwischen den Gefangenen ist streng begrenzt und der Zugang zu Anwälten und Familienangehörigen ist verboten.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1978 kämpft die PKK gegen die Türkei für die Unabhängigkeit eines kurdischen Staates. Ihr oft gewalttätiger Kampf für Autonomie und mehr Rechte für die Kurden in der Türkei wird bis heute vom türkischen Staat ebenfalls gewaltsam unterdrückt. Die PKK wird von der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich und anderen Staaten als terroristische Organisation eingestuft. Es werden ihr schwere Menschenrechtsverletzungen angelastet.

Abdullah Öcalan, der ideologische Führer der PKK, wurde am 15. Februar 1999 verhaftet und in der Türkei inhaftiert, wo er wegen Terrorismus zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil wurde jedoch nicht vollstreckt, da das Land die Todesstrafe im Jahr 2002 für einen angestrebten Beitritt zur Europäischen Union abschaffte. Seine Strafe wurde dann in lebenslange Haft umgewandelt.

Seit 1999 ist Öcalan im geschlossenen Imrali-Gefängnis inhaftiert, das nach türkischem Strafrecht den Hochsicherheitsgefängnissen entspricht. Bis November 2009 war er der einzige Gefangene auf der Insel, da die vorherigen Insassen in andere Gefängnisse verlegt wurden. Die Umwandlung des Imrali-Gefängnisses in ein geschlossenes Hochsicherheitsgefängnis wurde im Jahr 2009 fertiggestellt. Seit dem 15. November 2009 wurden weitere Gefangene in das Imrali-Gefängnis verlegt, darunter die PKK-Anführer **Hamili Yildirim**, **Ömer Hayri Konar** und **Veysi Aktaş**.

Im Mai 2019 besuchte das Komitee des Europarats zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) Imrali. In dem daraus resultierenden Bericht wird bemängelt, dass die Inhaftierten ihre Mitgefangenen nur 9 Stunden pro Woche sehen dürfen. Der Umgang mit anderen Häftlingen bei Übungen im Freien und Aktivitäten außerhalb der Zellen ist strengstens untersagt. Was den Kontakt mit der Außenwelt angeht, so sind Besuche von Anwälten seit 2011 verboten, mit Ausnahme eines kurzen Zeitraumes zwischen Mai und August 2019. Seit Oktober 2014 haben fast keine Besuche von Familienangehörigen mehr stattgefunden. Diese Situation hat sich durch den versuchten Militärputsch vom 15. Juli 2016 weiter verschärft, in dessen Folge der Briefkontakt verboten wurde, was das CPT nachdrücklich bedauert. Öcalan wurden zwischen Mai und August 2019, also zum Zeitpunkt des Besuchs des CPT, ausnahmsweise Besuche seiner Anwälte gestattet; seitdem wurden jedoch alle von den Anwälten eingereichten Anträge auf Besuche abgelehnt.

Seit April, offenbar parallel zum Ukraine-Krieg, greift die türkische Armee wieder verstärkt Gegenden der Kurden und anderer Volksgruppen und religiöser Minderheiten wie Jesiden und Christen in Nordsyrien an. Es werden zivile Opfer beklagt. Auch droht der türkische Präsident mit erneutem Einmarsch in Nordsyrien.



Bitte unterschreiben Sie den Appell an den Justizminister der Republik Türkei und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto in die Türkei, Luftpost, 1,10 EUR; nach Berlin 0,85 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 30.08.2022.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/27590915, S.E. Herrn Ahmet Başar Şen; E-Mail: botschaft.berlin@mfa.gov.tr]